

Martina Černíková

Technická univerzita v Liberci

STEUERPOLITIK EU – HARMONISIERUNG ODER WETTBEWERB?

Am 1.5.2004 wurden die neue Staaten in die Europäische Union aufgenommen. Die Zusammensetzung der Union war sich dadurch massiv verändern. Die 25 Mitglieder bestehen dann aus sechs grossen, 16 kleinen und drei Kleinstaaten. Damit stellt sich die Frage, welche Herausforderung auf die neue Mitgliedstaaten zukomen – auch in den Fragen des Steuersystems.

Die Steuerpolitik ist nicht losgelöst von den staatlichen Aufgaben und Ausgaben zu sehen. Darüber spielt der rechtliche Rahmen eine wichtige Rolle. Dies gilt vor allem für die europäischen Länder, die für den Eintritt in die Europäische Wirtschafts – und Währungsunion fiskalische Kriterien im Hinblick auf die Haushaltdefizite und Schuldenstand erfüllen mussten. In vielen europäischen Ländern hat die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung den Umfang und die Grenzen für steuerpolitische Massnahmen geprägt.

Europa ist realwirtschaftlich und monetär geeint. Aber in der Steuerpolitik regieren dagegen weiter die Nationalstaaten.

Und gerade mit der EU – Erweiterung ist der internationale Steuerwettbewerb verstärkt in die öffentliche und politische Diskussion geraten. Umstritten ist, ob die nationalen Steuersysteme stärker vereinheitlicht werden sollen. Es geht um die Frage, ob das Primat des Steuerwettbewerbs oder der Steuerharmonisierung gelten soll. In der Tat unterscheiden sich die Steuersysteme der neuen Mitgliedsländer zum Teil deutlich von denen bisherigen 15 Mitgliedstaaten.

Die allgemeinen steuerlichen Rahmenbedingungen sind durch eine deutlich niedrige ertragsteuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften, als in den meisten anderen EU – Staaten geprägt. In einigen der neuen Mitgliedstaaten wie

Tschechischen Republik oder Ungarn sind weitere Steuersenkungen bereits beschlossen oder geplant.

Diese Steuersysteme werden vereinfacht und Bürger wie Unternehmen spürbar entlastet. Das stimuliert Investitionen sowie die Ansiedlungen von Betrieben.

Die Reaktion der EU ist eindeutig: Wettbewerb braucht Regeln. Das gilt auch für einen Wettbewerb der Steuersysteme in einer sich immer stärker internationalisierenden Wirtschaft.

Der internationale Steuerwettbewerb ist als Teil des Standortwettbewerbs auch für die künftige Steuerpolitik von zentraler Bedeutung. Die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft, insbesondere die zunehmende Mobilität des Faktors Kapital ist eine Tatsache, die nicht unberücksichtigt bleiben kann, wenn das Steuersystem weiter modernisiert wird.

Das nationale Steuersystem ist einer unter vielen Standortfaktoren. Finanz – und Steuerpolitik beeinflussen die Attraktivität des Standorts EU in vielfacher Weise. Die steuerliche Belastung ist eine Seite der Medaille. Einem Staat, der nur auf Steuersenkungen setzt, fehlen die Mittel für Investitionen in wichtige Standortfaktoren wie Infrastruktur oder Humankapital. Fortwährende öffentliche Defizite schädigen das Vertrauen ausländischer Investoren in die wirtschafts – und finanzpolitische Stabilität des Standorts [4].

Der Druck der EU auf seine neuen Mitglieder wurde verstärkt. Der Konflikt berührt eine wichtiger werdende Thematik: Die EU – weite Harmonisierung der Steuersysteme. Der Hauptziel der Harmonisierung ist, einen abträglichen steuerlichen Wettbewerb zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten zu verhindern.

Theoretische Erwägungen lassen kein eindeutiges Votum für steuerlichen Wettbewerb oder für Steuerharmonisierung zu.

Zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union divergieren die Steuersätze beträchtlich. Dies gilt vor allem für die Einkommens- und Unternehmenssteuern. Auch die Bemessungsgrundlagen und die Festlegung der steuerpflichtigen Einkommen und Gewinne unterschiedlich von Land zu Land sind.

Argumente für Steuerharmonisierung

Unternehmen sind immer weniger an einen nationalen Standort gebunden. Sie machen ihre Standortentscheidungen länderübergreifend davon abhängig, wo sie die höchste Rendite für das investierte Kapital erwarten. Die von der jeweiligen Gebietskörperschaft – die wichtigste davon ist Nationalstaat – erhobenen Steuern auf Unternehmensergebnisse und – aktiva sind dabei ein wichtiges Kriterium. Den Staaten wiederum ist daran gelegen, dass auf ihrem Gebiet möglichst viel produziert wird. Die Länder stehen also in einem internationalen Wettbewerb um die Gunst investierender Unternehmen. Dieser Wettbewerb tendiert dazu, ein Unterbietungswettbewerb zu werden – die Staaten suchen sich gegenseitig mit

immer attraktiveren Steuerbedingungen zu übertrumpfen. Sollte ein einzelner Staat dagegen halten, wandern ihm die Unternehmen ab und Neuinvestitionen werden anderswo getätigt. Zur Finanzierung der Staatsaufgaben (Infrastruktur, Ausbildung, öffentliche Sicherheit, etc) müssen mehr diejenigen herangezogen werden, die keine Standortwahl haben (Arbeitnehmer, Verbraucher, Immobilienbesitzer). Das ist ungerecht. Gleichzeitig müssen immer mehr Abstriche bei den öffentlichen Leistungen gemacht werden und das senkt die Lebensqualität [6].

Argumente gegen eine Harmonization der Steuersysteme

Steuersysteme sind gewachsene Systeme. Staaten neigen dazu, immer mehr Steuern zu erheben, um politisch wichtige Gruppen zufrieden zu stellen. Da sie auf ihrem Gebiet das Monopol in der Bereitstellung öffentlicher Güter haben, stehen sie nicht unter Druck, dies möglichst effizient zu tun. Wettbewerb zwischen den Staaten um die Gunst investierender Unternehmen führt einen wünschenswerten Druck ein, die staatlichen Leistungen möglichst effizient zu erbringen und Dinge sein zu lassen, deren Nutzen zweifelhaft ist.

Unfairer Steuerwettbewerb

Selbst wer Steuerwettbewerb als effizienz- oder wachstumsfördernd ansieht, muss konstatieren, dass einzelne Staaten just damit wirtschaftliche Vorteile zu erlangen suchen, dass sie ausländischem Kapital Schutz vor dem Zugriff der Steuer anbieten. Auch Unternehmen nutzen den Beihilfewettbewerb zur Steuerhinterziehung aus. Steuervergünstigungen veranlassen Unternehmen, ihre Gewinne – mit Hilfe fiktiver Verrechnungspreise – nicht in den Ländern anfallen zu lassen, in denen sie tatsächlich entstanden sind. Denn die Steuer kommt gerade in die „Steuroasen“, die profitieren von einer zusätzlichen Steuerbasis, für die sie nicht viel tun müssen.

Diejenigen Staaten, die in diesem Wettbewerb die Nase vorn haben, profitieren zum Schaden der anderer Länder. In Rahmen der politischen Diskussion in der EU besteht Konsens, dass Steuerwettbewerb einigen Regeln unterliegen muss. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich einem „Verhaltenskodex zur Bekämpfung des unfairen Steuerwettbewerbs bei der Unternehmenbesteuerung“ unterworfen. Diese „Kodex“ ist eine politische Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, bestehende „unfaire“ Steuerregelungen für Investitionen von Steuerausländern bis Ende 2005 abzubauen und keine neuen „unfairen“ Steuerregelungen einzuführen.

Letztlich muss also der Praxistest darüber entscheiden, ob die Argumente für Harmonisierung oder die für Wettbewerb schwerer wiegen.

Im Idealfall sollte Steuerpolitik neutral sein und die Entscheidungen über die Ressourcenallokation nicht verzerren, das effiziente Funktionieren offener Märkte ermöglichen und nutzbringende Finanzinnovationen fördern. Gleichzeitig sind die nationalen Regierungen aber auch bestrebt, ihre Steuerbasis zu behaupten und über

steuerlichen Regelungen zu verfügen, die möglichst kostengünstig umgesetzt werden können und die sicherstellen, dass jedem Land ein seiner Wirtschaftskraft entsprechender Anteil an der internationalen Steuerbasis zukommt.

Literatura

- [1] Vančurová A., *Daňový systém*, VOX, ČR 2004. Praha 2004.
- [2] *Daňové zákony 2004*, NEWSLETTER, Praha 2004.
- [3] Kneschaurek F., *Unternehmung und Volkswirtschaft*, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1990.
- [4] www.bundesfinanzministerium.de. Montagsbericht 09.2004 Bundesministerium der Finanzen.
- [5] www.dbresearch.de. Steuerpolitik zwischen Harmonisierung und Wettbewerb.
- [6] www.orae.des.de. Steuerharmonisierung in der EU.

POLITYKA PODATKOWA UNII EUROPEJSKIEJ – HARMONIZACJA CZY KONKURENCJA?

Streszczenie

W związku z poszerzeniem Unii Europejskiej o dziesięć nowych państw członkowskich w maju 2004 r., należy poruszyć kwestie dotyczące podatków dochodowych od osób fizycznych i prawnych. Niniejszy referat omawia problem harmonizacji podatków, a mianowicie zakres tejże harmonizacji oraz czy kraje członkowskie winny posiadać swobodę w ustalaniu podatków, umożliwiając tym samym konkurencję pomiędzy poszczególnymi państwami.